

## Parteilpolitische Programmansätze für die europäische Direktwahl

Von *Adolf Kohler*

Der Beschluß der Außenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft vom 20. September 1976, die Bestimmungen der Integrationsverträge von 1951 und 1957 über die Direktwahl des Europäischen Parlaments in Kraft zu setzen, hat bei den Parteien in den Gemeinschaftsländern eine beachtliche Aktivität ausgelöst, die sich bis zum Wahltermin hin – 7.–10. Juni 1979 – steigern wird. Denn ob sie wollen oder nicht, alle Parteien sind auf Grund ihrer Eigengesetzlichkeiten herausgefordert, am Wahltag ein Maximum an Stimmen aus den Urnen zu nehmen. Dieser Wettbewerb erzwingt eine Beschäftigung mit Europa, teilweise sogar ein europäisches Engagement.

In dieser Perspektive müssen die verschiedenen ideologisch-politischen Gruppierungen der Europäischen Gemeinschaft (EG) einen jeweils verschiedenen politischen Besitzstand, zum allergrößten Teil noch nationaler Prägung, teilweise aber auch schon gemeinschaftlichen Charakters, weiterentwickeln. National waren bis jetzt die Parteiapparate, die Methoden des Kampfes um die Macht sowie der Ausübung der Macht und damit auch die Interessenkoalitionen mit den gesellschaftlichen Gruppen, die Ideologien und die Schlagworte eingestimmt; europäisch sind von ihnen teilweise nur einige Problemstellungen aufgezeigt worden: Landwirtschaftspolitik, Wirtschafts- und Währungspolitik, Sicherheitspolitik u. a. Unter dem Gesichtspunkt dieses noch vagen europäischen Gemeinschaftsbesitzstandes drängt sich bei den ins Gewicht fallenden parteilichen Gruppierungen sofort folgende Unterscheidung auf:

Auf der einen Seite haben Gaullisten, Konservative und Kommunisten kaum oder gar keine Ansatzpunkte für eine gemeinschaftsbezogene europäische Parteiprogrammatik und Parteienstruktur. Kernpunkt alt- und neogaullistischer Ideologie ist ja Frankreichs »nationale Unabhängigkeit«. Die von den gaullistischen Abgeordneten mit den Vertretern der irischen »Fianna Fail« und der dänischen »Fortschrittspartei« gebildete Fraktion im Europäischen Parlament dürfte eher als Zweckverband zur Erlangung der damit verbundenen materiellen Vorteile zu werten sein. Wenn auch Mitarbeiter des »Rassemblement pour la République« derzeit dabei sind, im Hinblick auf die europäische Direktwahl einige Sachaussagen unter der Fluchtlinie der Zusammenarbeit souveräner Staaten zu formulieren, so steht doch zu erwarten, daß die Gefolgsleute von Jacques Chirac und Michel Debré unter dem Slogan der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit Frankreichs in die emotionelle Schlußphase des Wahlkampfes ziehen.

Den britischen Konservativen im Europäischen Parlament haben sich zwar zwei dänische Vertreter derselben Tendenz angeschlossen. Aber sie handeln geschlossen als nationale britische Interessenfraktion und werden ihre Wahlaussagen absolut an den innerbritischen Gegebenheiten des Augenblicks ausrichten. Trotz vieler Bemühungen der christlich-demokratischen Fraktion gelang ein Zusammenschluß mit den Konservativen zu einer Fraktionsgemeinschaft nicht, wenn auch in vielen

praktischen Fragen eine Koordinierung der Standpunkte erfolgt. Die vordringlich von der CSU unternommenen Versuche, alle nicht-sozialistischen Gruppierungen, also hauptsächlich Konservative und Gaullisten, im Rahmen der »Europäischen Demokratischen Union« zusammenzufassen, haben nach dreijährigem Bemühen am 24. April 1978 in Salzburg zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft geführt. Von 18 geladenen Parteien traten ihr jedoch nur zehn bei, acht verblieben beim Beobachterstatus. Aus den Gemeinschaftsländern, mit der politischen Herausforderung der Direktwahl vor Augen, schlossen sich nur CDU und CSU, die britischen und dänischen Konservativen und die Gaullisten an. Natürlich gibt die EDU Parteien wie der Österreichischen Volkspartei, der Nationalen Sammlungspartei Finnlands oder dem portugiesischen Sozialen Demokratischen Zentrum die Möglichkeit zu einem bescheidenen europäischen Dialog. Die Gründung dürfte sich, ähnlich wie die andern transnationalen Gruppierungen vor dem Direktwahlbeschuß, zu einer Art Oberseminar für engagierte Europäer mit stark antisozialistischem Feindbild in den konservativen Parteien entwickeln. Konfliktstoff liegt dadurch in der Luft, daß außer CDU und CSU keine der andern der in der EVP vertretenen christlich-demokratischen Parteien Mitglied der Neugründung ist.

Die Kommunisten bilden zwar im Europäischen Parlament (EP) eine Fraktion aus zwölf italienischen, vier französischen und einem dänischen Abgeordneten. In vielen wichtigen politischen Fragen, wie zum Beispiel der Zustimmung zur Direktwahl des EP, fällt die Fraktion jedoch zwischen Italienern und Franzosen immer wieder auseinander. Man kann diese oft gegensätzlichen Stellungnahmen der KP-Abgeordneten unter anderem auch als Beweis für eine dahingehende Wertung des sogenannten Eurokommunismus ansehen, daß die kommunistischen Parteien versuchen unter geschichtlicher Anpassung an das Zahlenspiel der parlamentarischen Demokratie sowie an national gängige Bewußtseinslagen, Ideologien und Mentalitäten ihren jeweiligen nationalen Machtbereich auszudehnen. In Italien bringt das Bekenntnis zu Europa eben Stimmen und Geld, in Frankreich dagegen das stramme Absingen der Marseillaise. Auf jeden Fall erfolgt die grenzüberschreitende politische Willensbildung der kommunistischen Parteien, auch der sogenannten Eurokommunisten, außerhalb jeden realen Bezugspunktes zur EG als eigenständigem politischem Wert. Deshalb dürfte es außer einigen Ideologie- und Mythenbeschwörungen auch keine gemeinsamen konkreten Wahlaussagen zwischen der italienischen und der französischen KP im europäischen Wahlkampf geben, zu dem sie natürlich beide mit voller Kraft antreten werden.

Auf der anderen Seite der politischen Skala im europäischen Sinn stehen die grenzüberschreitenden ideologisch-politischen Gruppierungen, die über ein gewisses europäisches Erbgut verfügen, in Gestalt der seit 1952 im Europäischen Parlament arbeitenden gemeinsamen Fraktionen und in der Form der bis vor kurzem nur sehr lose und unverbindlich zusammenarbeitenden transnationalen Parteigruppierungen.

Zur Wertung dieser bisherigen Parteigruppierungen seien beispielhaft aus der sozialdemokratischen Wahlplattform zwei aufschlußreiche Sätze angeführt: »Wir müssen vorrangig in unseren Heimatländern tätig werden«, und »Die Übertragung von Befugnissen auf europäische Organe darf die Verwirklichung eines sozialdemokratischen Programms auf nationaler Ebene nicht behindern«. Entschlüsselt heißt

das entsprechend dem bisherigen Selbstverständnis wohl aller Parteien: Die Macht wird heute nur im Nationalstaat errungen. Wenn man nun Programmverwirklichung auf den Aspekt des Kampfes um Machterwerb und Machterhaltung hin entmystifiziert, so ergibt sich aus dem zitierten Schlüsselsatz, daß im bisherigen Selbstverständnis der Parteien nur im nationalstaatlichen Kräftespiel das spezifische Hauptziel jeder Partei erreicht werden kann.

Das Vorwiegen dieses Machtbewußtseins in den Parteiapparaten im dialektischen Spiel mit dem schärfer ausgeprägten Bewußtsein bei einigen wenigen Mitgliedern um die Herausforderung, daß die modernen Sachprobleme nur noch auf europäischer Ebene zu lösen sind, charakterisierte bis jetzt die grenzüberschreitenden Parteiverbindungen der christlichen Demokraten, Sozialdemokraten und Liberalen. Karriert überzeichnet könnte man sagen: Es war ein Spiel bremsender Apparatschicks gegen engagierte Militanten unter dem aufmerksamen Blick von Leuten, die hier oder dort politisch einen Karrierestein zu setzen versuchten.

Eine der Folgen des Direktwahlbeschlusses besteht nun darin, daß die »Apparatschicks« in den Zugzwang gesetzt wurden, eine Wahl bestreiten zu müssen und die europäischen Militanten die Chance bekamen, programmatische und organisatorische Europavorstellungen voranzutreiben. Aus dieser Konstellation läßt sich die Genese der jetzt vorliegenden programmatischen Ansätze der drei transnationalen Parteigruppierungen erklären:

Die Europäische Volkspartei – mit Untertitel »Föderation der christlich-demokratischen Parteien« – mit ihrem »Politischen Programm«, definitiv verabschiedet vom I. Kongreß am 6./7. März 1978;

Der Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft mit seinem »Entwurf der Wahlplattform« vom 6. Juni 1977;

Die Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft und ihrem jetzt noch fast hundert Seiten umfassenden »Entwurf eines Wahlprogramms« vom 31. März 1977.

Programmatische Aussagen von Parteien erschließen sich am treffsichersten, wenn man sie unter den drei wesentlichen Zwecksetzungen ihrer Autoren analysiert: Stammwähler motivieren, Nahstehende oder Wechselwähler einfangen und politische Entscheidungen durch Konsensbildung vorbereiten. Im Rahmen des Formulierungsprozesses ihrer Europa-Wahlaussagen sind die Vertreter aller Gruppen zunächst einmal davon ausgegangen, das, was die ihnen verbundenen Wählerschichten insgesamt und grenzüberschreitend bewegt, in den Vordergrund zu stellen, das Trennende durch Kompromißformulierungen zu überbrücken oder voll zu eliminieren. Von der dabei gefundenen Formulierungskunst sollte dann auch die Attraktivität auf einfangbare Wechselwähler ausgehen.

Für die Linguisten mag hier als kleine Delikatesse eingefügt werden, daß die verschiedenen Sprachversionen, miteinander verglichen, gewissenhaften Philologen einen Herzinfarkt verursachen könnten. Viele politische Reizworte sind nämlich nur analog der national kalkulierten Werbung genutzt. So muß schon in der Namensbezeichnung des Bundes der demokratischen Linken das deutsche vertrauenerweckend bieder klingende »sozialdemokratisch« in Französisch ersetzt werden durch »socialiste« mit seinem linksintellektuell-revolutionären semantischen Touch.

Was nun das reine Zusammentragen von wählerbewegenden oder eventuell wählerfangenden Formulierungen betrifft, so ist das im November 1977 verabschiedete langatmige liberale Papier ein Dokument dieser Prägung. Die Programmbeauftragten sind derzeit um Streichungs- und Straffungsübungen bemüht. Sie gestalten sich nicht einfach, da die Liberalen eine Riege von nonkonformistischen Köpfen bilden, die nur schwer unter einen Hut zu bringen sind. Das Datum der Wahl bringt sie jetzt in Zugzwang, um bis zum nächsten Kongreß der Föderation das Opus thesenförmig zusammenzufassen.

Als Beispiel für Kompromißformulierungen seien aus dem Volksparteiprogramm und aus dem sozialistischen Entwurf die betreffenden Passagen über das volkswirtschaftliche Lenkungssystem angeführt, wie es, jeweils in eine gesamtgesellschaftliche Konzeption eingeordnet, dargestellt wird.

Für die EVP heißt es:

»1.2. Das Fundament einer freiheitlichen und sozialen Politik ist die Soziale Marktwirtschaft.

1.4. Eine partnerschaftliche Gesellschaft ermöglicht, Schritt für Schritt ungerechtfertigte wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten zwischen Ländern, Regionen und Personen zu beseitigen. Die Soziale Marktwirtschaft beruht auf der Vielfalt autonomer Entscheidungszentren und erlaubt eine bessere Verteilung der Ressourcen. Wirksame Aktionen des Staates gegen Kartellbildung und übertriebene Konzentration müssen den Wettbewerb sichern. Besondere Beachtung ist den kleinen und mittleren Unternehmen zu widmen, deren Leistungsfähigkeit das gute Funktionieren dieser Ordnung gewährleistet.

1.5. Es ist die Aufgabe des Staates, in einer Planung der Rahmenbedingungen die großen wirtschaftlichen und sozialen Leitlinien zu setzen, die durch das Parlament zu beschließen sind. Die zuständigen Organisationen der Gesellschaft und die Selbstverwaltungskörperschaften sind hierbei anzuhören.«

Zur Genese dieses Kompromisses ist zu bemerken: Solange die alte französische MRP bis 1958 als Regierungspartei auch an den Schaltstellen der Pariser Ministerien die Wirtschaft des Landes bürokratisch mit beherrschte und Bindungen an die nun verstorbene christliche Gewerkschaft hatte, hätte in ihrem Programmverständnis der Begriff der »*planification démocratique*« nie auf die »Planung der Rahmenbedingungen als große wirtschaftliche und soziale Leitlinien« herabgedrückt werden können. Solange in Italien die *Democrazia Cristiana* die Fülle der Staatsbetriebe fast allein beherrschte und im permanenten Expansionsauftrieb durch billige Energie scharfe innerbetriebliche Kalkulation und harter Wettbewerb nicht gerade so sehr gefragt waren, wurde diese Wirtschaftsstruktur ebenfalls durch demokratische Planungsbegriffe ideologisch abgedeckt. Der Durchbruch der CDU/CSU mit dem hohen Lied von der Sozialen Marktwirtschaft gelang erst, als sich das französische CDS als Mitgliedspartei der EVP den Ordo-Liberalen Giscard und Barre zugewandt hat und die italienische DC-Regierung nicht mehr weiß, wie sie die Defizite ihrer Staatsbetriebe decken und deren Sklerose beseitigen kann.

Der Kompromiß des linken Programms zur Steuerungskonzeption der Wirtschaft ist in zwei Passagen so formuliert:

»Beim derzeitigen Entwicklungsstand der Gemeinschaft bleiben die Staaten auch weiterhin für die Steuerung ihrer Wirtschaft verantwortlich. Die Größe der Pro-

bleme, denen sich einige gegenübersehen, können sie veranlassen, von Techniken der Wirtschaftsprogrammierung und -planung Gebrauch zu machen und unter Umständen den staatlichen Einflußbereich zu erweitern.

Um eine effiziente und wettbewerbsfähige industrielle Struktur zu schaffen, müssen – wo es zweckmäßig erscheint – Planungssysteme konzipiert werden mit dem Ziel, Kapital für die Entwicklung von genossenschaftlichen und privaten Unternehmen zu mobilisieren, Partnerschaften zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor bei Entwicklungsprojekten zu erleichtern und – soweit erforderlich – Direktinvestitionen in Produktionsbetrieben durch öffentliche Institutionen zu fördern.

Die Sozialdemokraten werden, wenn sie derartige Maßnahmen ergreifen, im Rahmen des Gemeinschaftsrechts bleiben und den Markt funktionsfähig erhalten . . .«

»Die Marktwirtschaft führt nicht von sich aus zur sozialen Gerechtigkeit. Solange die Arbeitnehmer und ihre Vertreter nicht an der wirtschaftlichen und sozialen Planung beteiligt werden, solange keine echte Wirtschaftsdemokratie verwirklicht wird, können die Arbeits- und Lebensbedingungen in absehbarer Zeit nicht vermenschlicht werden. Planung und Demokratisierung dürfen nicht allein auf den öffentlichen Sektor beschränkt bleiben«.

Hier hat sich der Begriff der Marktwirtschaft, die der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt als Ordnungsinstrument der westdeutschen Volkswirtschaft verteidigt, nur in zwei Negativausgrenzungen halten können, die in der zuständigen Arbeitsgruppe Wirtschaft vom jetzigen Arbeitsminister Herbert Ehrenberg durchgesetzt wurden. Ansonsten ist weitgehend der ideologische Durchlauf der Konzeptionen seines Kontrahenten, des Wirtschaftsexperten der französischen Sozialisten, Michel Rocard, der damals noch an das gemeinsame Programm mit den Kommunisten gebunden war, gelungen. Den Deutschen gelang es, die konkreten Nationalisierungsforderungen, wie sie den Franzosen vorschwebten, abzuwehren. Man begnügte sich mit der allgemeinen Forderung nach Ausweitung des staatlichen Einflußbereichs und ließ alle Präzisierungen beiseite.

Als Beispiel für die totale Ausklammerung von Problemen infolge der Unmöglichkeit, durch elastische Formulierungen die verschiedenen Standpunkte zu überdenken, seien die Sicherheits- und Familienpolitik im Programm der demokratischen Linken erwähnt.

Nach dieser Skizzierung, aus welchen Gründen, unter welcher Zielsetzung und nach welchen Methoden die europäischen Programmaussagen entstanden sind, soll noch eine kurze Charakterisierung ihres Inhalts und ihres Gewichts erfolgen. Da der Liberalen weitschweifiges Programm eines Sonderstudiums bedarf, dürfte es hier genügen, die Bemühungen der EVP und des Bundes der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien nebeneinander zu stellen.

Die EVP nennt ihr Dokument »Politisches Programm«. Diese Bezeichnung stimmt insofern, als das Programm von den Vorständen aller 13 Gründungsparteien angenommen ist. Die regionalen und lokalen Parteigliederungen diskutieren zwar das Programm, haben aber keine Änderungsmöglichkeiten, da ansonsten der von den Parteispitzen mühsam erreichte Kompromiß wieder ins Uferlose aufgerissen werden könnte. Von der Basis aller nationalen Parteien ist dem Programm oft

der Vorwurf gemacht worden, viel zu abstrakt zu sein. Dennoch trägt es insofern seinen Namen nicht zu unrecht, als es immerhin bestrebt ist, zu fast allen Fragen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und der Europapolitik grundsätzlich Stellung zu beziehen, teils in der Form harter Forderungen, teils aber auch in sehr elastischen Formulierungen. Es leitet seine Politik von einem »Menschenbild ab, das von den christlichen Grundwerten geprägt ist«, betont an mehreren Stellen, daß der Mensch in der Gesellschaft nicht nur Rechte beanspruchen kann, sondern auch Verantwortung trägt. Die klassischen Menschenrechte werden – im Gegensatz zum sozialistischen Entwurf – im einzelnen aufgezählt und als kämpferisch durchzusetzendes Gut gegen totalitäre Herrschaftsformen in den Vordergrund gestellt. Mit einigen gemischten Gefühlen westlicher Mitgliedsparteien wurde die besondere Heraushebung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes ohne laute Opposition akzeptiert. Die Konturen des Feindbildes und die Methoden des Kampfes werden u. a. auch im Abschnitt »Kultur-Fundament unserer europäischen Identität« dargelegt: »In Erneuerung und Entfaltung der Kultur sehen wir die große Chance, der gesellschaftlichen Uniformität und Unverbindlichkeit, dem wachsenden Materialismus und marxistischer Ideologisierung entgegenzuwirken.« Was die von den Sozialisten geforderten neuen »Grundrechte« auf Arbeit, Streik, Mindesteinkommen u. ä. soziale Forderungen betrifft, so wollen die christlichen Demokraten »die Voraussetzungen schaffen, daß sie auch ausgeschöpft werden können«. Hier kommt der Charakter einer klassenumfassenden Volkspartei annähernd zum Ausdruck, in der auch die Schichten, die die Verantwortung der Kostenseite und die konkreten Verwirklichungsmöglichkeiten dieser Rechte sehen, ihre Formulierungen einbringen. Zum »Klassenproblem« sagt das Programm grundsätzlich, daß zwischen den »Sozialpartnern wachsende Übereinstimmung herbeigeführt werden muß«.

Im Bereich der Sozial- und Gesellschaftspolitik sowie bei der Hilfe für Entwicklungsländer leiten die christlichen Demokraten ihre Forderungen nachdrücklich von den aus den Traditionen der katholischen Soziallehre stammenden Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität ab.

Hervorzuheben im grundsätzlichen Bereich wäre schließlich noch die Forderung, daß die Europäische Union ein Gemeinwesen sein soll, das alle demokratischen Kräfte mitgestalten. Deshalb dürfe keine politische Richtung Europa für sich allein beanspruchen und ihr Ausschließlichkeitsmodell in der Gesellschaft durchsetzen wollen. Diese Polemik richtet sich gegen Tendenzen im sozialistischen Entwurf, die eine Integrationsform fordern, »daß sich Europa auf ein eigenständiges sozialistisches Modell hinentwickeln kann«.

Mit diesem Gegensatz dürfte der Wahlkampf zum ersten europäischen Parlament ausreichend anzuheizen sein, da die konkrete Gemeinschaftsproblematik zu komplex ist, um die breiten Wählermassen – auch bei vereinfachenden Schlagworten – emotionalisieren zu können.

Im Bereich der institutionellen Gemeinschaftsordnung geht das EVP-Programm zur Überwindung der gegenwärtigen Stagnation klar auf die Schaffung eines echten »europäischen Entscheidungszentrums« aus, das über eigenständige Legitimität und Autorität verfügen muß. Die christlichen Demokraten sehen dieses Entscheidungszentrum als Etappe auf dem Weg zur Regierung eines Vereinten Europas, die willens und fähig sind, wirklich zu regieren. Daneben sollen in der Endphase der

Verfassung ein frei gewähltes Europäisches Parlament stehen, das dem freien Willen der Völker Ausdruck verleiht, und eine Kammer der Staaten, die die legitimen Interessen der Mitgliedsstaaten vertritt.

Die relative Geschlossenheit und Kompaktheit des EVP-Programms erklärt sich daraus, daß sie in sechs Ländern vertreten ist, in denen keine relevanten Wählermassen die Europäische Gemeinschaft in Frage stellen, sondern als Notwendigkeit bejahen: Deutschland, Italien, Benelux und Irland. Die letzten Überreste der christlichen Demokratie in Frankreich, die 1945–1951 in Form des MRP eine politische Kurzblüte erlebt hatte und mit Robert Schuman der eigentliche Initiator der europäischen Integration war, erhoffen sich in der Auseinandersetzung mit den dort noch stark vorhandenen nationalistischen Ideologien eine gewisse Neuprofilierung durch die Direktwahl. Insgesamt appelliert die Europäische Volkspartei in ihrem Programm mit dem uneingeschränkten Ja zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft und Namensnennungen auch an Bewußtseinsrelikte des Wählers, daß die europäische Integration vordringlich das Werk von Staatsmännern aus ihrem Traditionsstrang ist: Schuman, De Gasperi und Adenauer, die in der geschichtlichen Reminiszenz Vaterbilder, Ordnung und Sicherheit verkörpern.

Zur Charakterisierung des sozialistischen Entwurfs ist schon auf das viel breiter gestreute, manchmal bis zur Heterogenität gehende Spektrum der engagierten und anvisierten Zielgruppen, Mentalitäten und Ideologien hingewiesen worden. Bei der Ausarbeitung des Programmentwurfs fehlte die britische Labourpartei völlig. In äußerst beschränktem Umfang hat in Großbritannien zumindest eine Diskussion im Kreise von parteiinternen Publikationsorganen eingesetzt. Angenommen ist der Entwurf nur von der SPD im Rahmen eines auf dem letzten Parteitag in Hamburg gebilligten Leitantrags. Größere Schwierigkeiten dürfte die Billigung bei den Parteien der Beneluxstaaten nicht mit sich bringen. In Italien hat Parteichef Bettino Craxi auf dem letzten Parteitag in Turin jetzt den »Eurosozialismus« mit einigen sozaldemokratischen Ingredienzien entdeckt, um sich von den Kommunisten abzuheben, unter deren ideologischer Liebesumarmung seine Partei fast erstickt wäre. Hier mag ihm der Entwurf hilfreich sein. In Frankreich hat das Wahlergebnis vom 19. März 1978 die kommunistische Hypothek auf der Sozialistischen Partei zumindest umgeschrieben, so daß ein stärkeres ideologisches und auch europäisches Sich-Frei-Schwimmen möglich erscheint. Alle diese Entwicklungen sind zu berücksichtigen und können einen positiven Einfluß auf die gemeinsame Aussage haben, die auf einem für Herbst vorgesehenen Kongreß der Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Öffentlichkeit vorgestellt wird.

Die Selbstaussage des Entwurfs umschreibt diese Situation mit folgenden Worten: »Unsere Parteien tragen jeweils ein unterschiedliches historisches Erbe. Sie wirken in Ländern, in denen sich der wirtschaftliche Entwicklungsstand, die Intensität der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die kulturellen Probleme, die Aufgeschlossenheit für die Probleme unserer Gesellschaft und das Spiel der innenpolitischen Bündnisse sehr stark voneinander unterscheiden.«

Gelungen ist bei diesen verschiedenen ideologisch-politischen Ausgangspunkten zumindest die gemeinsame Aussage, daß Europa vor »neuen gefährlichen Herausforderungen im Innern als auch von außen steht. Deshalb müssen wir unsere Ziele insgesamt neu definieren.« Dieser an pragmatischem Sozialdemokratismus orien-

tierten Zielforderung wird dann die Formulierung gegenübergestellt, daß ohne »eindeutig definiertes politisches Konzept« die offenen Fragen nicht beantwortet werden können. Hier läßt sich die Konzession an den wissenschaftsgläubig-ideologischen Traditionsstrang des Sozialismus herauslesen, der ohne geschlossene Systeme nicht leben kann.

Allerdings, Referenzen auf ein bestimmtes Menschenbild, metahistorische sozialistische Prinzipien, wie etwa der Klassenkampf, lassen sich im Entwurf nicht finden. Auch das »Feindbild« ist nur matt mit den »Konservativen« an wenigen Stellen gezeichnet. Die Spezifizierung des Gegners im Wahlkampf wird je nach taktischer Lage den Einzelparteien überlassen. Gerade deshalb haben die Formulierer ihren Entwurf auch nicht wie die EVP »Politisches Programm«, sondern eben nur »Wahlplattform« genannt.

Das Selbstverständnis des demokratischen Sozialismus kommt zum Durchbruch durch den Versuch der Identifikation mit der Arbeitnehmerschaft und den Emanzipationsideologien jedweder Prägung. So heißt es in bezug auf Europa polemisch: »Bisher stand zu sehr das Europa der Waren im Vordergrund und nicht genug das Europa der Arbeitnehmer, der politischen Richtungen, der Staatsbürgerrechte, der Wirtschafts- und Sozialrechte und der demokratischen Rechte.«

Stark im Mittelpunkt der programmatischen Forderungen steht wie bei den christlichen Demokraten und Liberalen die Solidarität mit der Dritten Welt. Außen- und Sicherheitspolitik wird nur unter dem Gesichtspunkt der Entspannung gesehen. Die Forderungen nach der politischen Union, nach einem wirtschaftlichen und politischen Entscheidungszentrum oder gar einer vollen Föderation wie bei den christlichen Demokraten fehlt.

Immerhin ist mit Stichdatum vom 14. Juni 1977 den Europäern in den sozialistischen Parteien mit Ausnahme der Engländer eine gemeinsame Aussage zur weiteren Konsensbildung in Europa gelungen. Wie schon gesagt, die Entwicklung ist seither weitergegangen und hat die sozialistischen Parteien Frankreichs und Italiens der kommunistischen Hypothek etwas entzogen. Das kann eine weitere gemeinschaftsbezogene Willensbildung begünstigen, indem nun ein Stück Existenz Erfahrung der deutschen SPD mit den Kommunisten zum Zuge kommt. Die Direktwahl dürfte weitere neue Impulse auf dem Weg zu Europa setzen.

Die Tendenzen der liberalen Aussagen stehen dem EVP-Programm näher als der sozialistischen Plattform. Sie bejahen stärker den politischen Charakter der europäischen Integration und stellen gesellschaftspolitisch hauptsächlich die Verwirklichung der Menschenrechte gegen totalitäre Bedrohungen in den Vordergrund.

Parteiprogramme und Wahlplattformen sind politisch-taktisch bedingte, geschichtlich äußerst kontingente Phänomene. Als erstes werden die Wahlergebnisse am 10. Juni 1979 u. a. zeigen, welchen Wert diese ersten grenzüberschreitenden gemeinsamen Programmaussagen von Parteien gehabt haben. Viele andere Faktoren der historischen Entwicklung werden daneben ausschlaggebend sein, ob das programmatisch ausgedrückte Wollen der EVP und der liberalen Föderation die europäischen Völker auf ihrem Weg zur Einheit weiterbringt und ob das taktische und ideologische Spiel die Sozialisten sich stärker auf Europas Einheit hin ausrichtet.